



- Beschlusskammer 7 -

Beschluss

Az.: BK7-12-028

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Zertifizierung eines Fernleitungsnetzbetreibers

der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, Pelikanplatz 5, 30177 Hannover, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Antragstellerin,

hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Dr. Chris Mögelin
und ihre Besitzerin Dr. Antje Becherer

am 05.02.2013 beschlossen:

1. Der Antragstellerin wird die Zertifizierung als Transportnetzbetreiberin erteilt.
2. Die Zertifizierung wird unter folgenden Auflagen erteilt:
 - a) Die Antragstellerin wird verpflichtet, sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte, deren Kapazitäten sie entsprechend dem Bruchteilseigentumsanteil der [REDACTED] nutzt und vermarktet, zum 01.01.2015 entweder unmittelbares Eigentum oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird.
 - b) Die Antragstellerin wird verpflichtet, spätestens sechs Monate nach Erteilung der Zertifizierung sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte, deren Kapazitäten sie entsprechend dem Bruchteilseigentumsanteil der [REDACTED] nutzt und vermarktet entweder unmittelbares Eigentum oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird.
 - c) Die Antragstellerin wird verpflichtet, spätestens sechs Monate nach Erteilung der Zertifizierung sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte der [REDACTED], deren Kapazitäten sie nutzt und vermarktet entweder unmittelbares oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird oder ein solch starker Einfluss auf die überlassenen Objekte eingeräumt wird, dass dieser einer Eigentümerstellung vergleichbar ist, d.h. die Überlassungsverträge so ausgestaltet werden, dass die Antragstellerin faktisch und rechtlich vergleichbar einem Eigentümer agieren kann.

- d) Die Zertifizierungsentscheidung der zuständigen niederländischen Regulierungsbehörde für die Gas Transport Services B.V. ist der Beschlusskammer unverzüglich nach Erlass mitzuteilen.

3. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Zertifizierung eines Transportnetzbetreibers nach § 4a EnWG.

Die Antragstellerin ist Fernleitungsnetzbetreiberin im Norden Deutschlands. Ihr Netz erstreckt sich über etwa 3200 km und reicht im Westen von den Übergabepunkten Emden und Oude Statenzijl über die Bereiche Bremen und Hamburg bis zur dänischen Grenze sowie in den Osten bis nach Berlin. Aufgrund seiner geographischen Lage im Norden Deutschlands mit Grenzübergangspunkten zu den Niederlanden, nach Norwegen und Dänemark, zu den anderen deutschen Fernleitungsnetzen sowie zum Marktgebiet NetConnect Germany, nimmt das Netz der Antragstellerin eine zentrale Funktion im deutschen und europäischen Erdgastransport war. Es wird hierbei in physisch getrennten Gastransportsystemen sowohl hochkalorisches H-Gas als auch niedrigkalorisches L-Gas transportiert.

Die Antragstellerin, deren alleinige Gesellschafterin die Gasunie Deutschland Transport Services Holding GmbH ist, gehört seit dem 01. Juli 2008 zum Konzernverbund der N.V. Nederlandse Gasunie mit Sitz in Groningen in den Niederlanden. Alleiniger Anteilseigner der N.V. Nederlandse Gasunie ist der niederländische Staat, vertreten durch das Finanzministerium.

Mit Schreiben vom 28.02.2012, eingegangen am 03.03.2012, hat die Antragstellerin die Einleitung des Zertifizierungsverfahrens beantragt.

Mit ihrem Antrag hat die Antragstellerin umfangreiche Unterlagen vorgelegt, auf die jeweils im Einzelnen Bezug genommen wird. Die Antragstellerin legt in ihrem Antrag dar, alle Anforderungen an eine Zertifizierung als Eigentumsrechtlich Entflochtener Transportnetzbetreiber nach § 8 EnWG zu erfüllen.

Die Antragstellerin beantragt,

als Eigentumsrechtlich Entflochtener Transportnetzbetreiber zertifiziert zu werden.

Mit Schreiben vom 10.04.2012 hat die Beschlusskammer die Antragstellerin aufgefordert, weitere für die Entscheidung über den Antrag erforderliche Unterlagen nachzureichen. Mit Schreiben vom 15.05.2012, eingegangen am 16.05.2012, hat die Antragstellerin die angeforderten Dokumente übermittelt.

Am 15.08.2012 hat die Beschlusskammer mit der Antragstellerin ein Anhörungstelefonat geführt und verschiedene Fragen zum Prüfungspunkt „Eigentum am Transportnetz“ erörtert. Mit Schreiben vom 22.08.2012 hat die Beschlusskammer zusätzliche Unterlagen nachgefordert und eine erneute Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt. Hierauf hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 06.09.2012 weitere Erklärungen abgegeben bzw. Unterlagen nachgereicht.

Die Beschlusskammer hat innerhalb des Zeitraumes von vier Monaten einen Entscheidungsentwurf erstellt. Dieser wurde der Europäischen Kommission am 05.10.2012 mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt. Die vollständigen Antragsunterlagen wurden mit dem Beschlussentwurf an die Europäische Kommission gesandt. Die Europäische Kommission hat der Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 03.12.2012 ihre Stellungnahme übermittelt. Darin bestätigt sie grundsätzlich den Entwurf der Zertifizierungsentscheidung und die von der Beschlusskammer vorgenommenen rechtlichen Bewertungen, wobei die Kommission bei bestimmten Voraussetzungen eine vertiefte Prüfung bzw. Änderung verlangt. Hinsichtlich des „Pipe-in-Pipe“-Konzeptes teilt die Europäische Kommission die Einschätzung der Bundesnetzagentur. Der Betrieb des NETRA- bzw. DEUDAN-Leitungssystems durch ein Konsortium bestehend aus Antragstellerin und der Open Grid Europe GmbH (für das NETRA-System ergänzt um die JordgasTransport GmbH) stehe einer Zertifizierung nicht entgegen, sofern der jeweils eigene Teil des Transportnetzes auf unabhängige Weise und ohne Behinderung betrieben und entwickelt werden könne. Allerdings meint die Kommission, dass eine detailliertere Untersuchung der Unternehmensvereinbarungen hätte erfolgen müssen. Die Europäische Kommission fordert zudem, die Zertifizierung der Antragstellerin von der positiven Zertifizierung der Miteigentümerin der Vermögenswerte abhängig zu machen, da in Ermangelung einer Zertifizierung der Miteigentümerin der unabhängige Betrieb der Leitung nicht gewährleistet sei. Gleichermassen wird von der Europäischen Kommission gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Zertifizierung der Antragstellerin erneut geprüft wird, falls die Zertifizierungsentscheidung der niederländischen Regulierungsbehörde betreffend den niederländischen Gasfernleitungsnetzbetreiber Gas Transport B.V. hierzu Anlass gibt.

Zur Stellungnahme der Europäischen Kommission hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 20.12.2012 Stellung genommen.

Die Landesregulierungsbehörde Niedersachsen ist gem. § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Zertifizierungsverfahrens benachrichtigt worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

II.

Die Antragstellerin ist als Eigentumsrechtlich Entflochtener Transportnetzbetreiber mit den in Tenor Ziffer 2. vorgesehenen Auflagen zu zertifizieren. Die formellen und materiellen Voraussetzungen einer Zertifizierung liegen vor oder werden durch die in Tenor Ziffer 2. vorgesehenen Auflagen sichergestellt. Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie entsprechend der Vorgaben in § 8 EnWG organisiert ist.

Zur besseren Übersicht wird den folgenden Entscheidungsgründen eine Gliederung vorangestellt.

Gliederung

| | |
|---|----|
| 1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung..... | 5 |
| 1.1. Zuständigkeit..... | 5 |
| 1.2. Zulässigkeit des Antrags | 5 |
| 1.3. Beteiligte Behörden..... | 5 |
| 1.4. Entscheidungsfrist..... | 5 |
| 2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung | 6 |
| 2.1. Betrieb eines Transportnetzes | 6 |
| 2.2. Nachweis der Organisation nach § 8 EnWG..... | 7 |
| 2.2.1. Eigentum am Transportnetz..... | 7 |
| 2.2.1.1. Bruchteilseigentum..... | 8 |
| 2.2.1.2. Mittelbares Eigentum an der NETRA | 8 |
| 2.2.1.2.1. (Gemeinsame) Kontrolle der Leitungsgesellschaft..... | 9 |
| 2.2.1.2.2. Eigentümergeleiche Verfügungsbefugnis..... | 11 |
| 2.2.1.3. Mittelbares Eigentum an der DEUDAN | 12 |
| 2.2.1.4. Nutzungsüberlassungen..... | 13 |
| 2.2.1.4.1. [REDACTED] | 14 |
| 2.2.1.4.2. [REDACTED] | 16 |
| 2.2.1.4.3. [REDACTED] | 16 |
| 2.2.2. Kontrolle und Rechte am Transportnetzbetreiber | 17 |
| 2.2.3. Mitglieder des Aufsichtsrats oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe | 19 |
| 2.2.4. Gewährleistung der Mittel | 19 |
| 2.2.4.1. Finanzielle Mittel..... | 20 |
| 2.2.4.2. Personelle, materielle und technische Mittel | 20 |
| 2.2.5. Übermittlung sensibler Informationen | 21 |
| 2.3. Nebenbestimmungen (Ziffer 2. des Tenors)..... | 22 |
| 2.4. Widerrufsvorbehalt (Ziffer 3. des Tenors)..... | 24 |

1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Hinsichtlich der formellen Rechtmäßigkeit der vorliegenden Entscheidung sind die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der besonderen formellen Voraussetzungen des §§ 4a ff. EnWG, gewahrt worden.

1.1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Zertifizierung nach § 4a Abs. 1 S. 1 EnWG ergibt sich aus § 54 Abs. 1 EnWG, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

1.2. Zulässigkeit des Antrags

Der Antrag auf Zertifizierung ist zulässig. Insbesondere wurde er rechtzeitig durch die insoweit antragsbefugte Transportnetzbetreiberin gestellt.

Die Antragsbefugnis der Antragstellerin ergibt sich aus § 4a Abs. 1 S. 2 EnWG. Hiernach wird das Zertifizierungsverfahren unter anderem auf Antrag des Transportnetzbetreibers eingeleitet.

Nach § 4a Abs. 1 S. 2 EnWG ist der Antrag auf Zertifizierung bis spätestens 03.03.2012 zu stellen. Die Zertifizierung wurde unter dem 03.03.2012 und mithin fristgerecht beantragt.

1.3. Beteiligte Behörden

Die Vorschriften über den Ablauf des Zertifizierungsverfahrens und die Einbindung der Europäischen Kommission wurden eingehalten. Die Beschlusskammer hat innerhalb des vorgegebenen Zeitraums von vier Monaten ab Einleitung des Zertifizierungsverfahrens einen Entscheidungsentwurf erstellt und diesen unverzüglich der Europäischen Kommission zur Abgabe einer Stellungnahme am 03.10.2012 übersandt. Bei der Berechnung der Frist war zu berücksichtigen, dass die Antragstellerin erst im Laufe des Verfahrens vollständige Unterlagen vorgelegt hat. Zusammen mit der Übersendungsverfügung wurden der Europäischen Kommission alle Antragsunterlagen zur Verfügung gestellt, § 4a Abs. 5 EnWG.

Die Kommission hat zu dem Entwurf mit Schreiben vom 03.12.2012 Stellung genommen.

1.4. Entscheidungsfrist

Die Zertifizierungsentscheidung wurde ebenfalls fristgerecht erlassen. Die Beschlusskammer hat die Frist von zwei Monaten nach Zugang der Stellungnahme der Europäischen Kommission eingehalten (§ 4a Abs. 6 S. 1 EnWG). Die Stellungnahme der Kommission vom 03.12.2012 ist bei der Beschlusskammer am 05.12.2012 eingegangen. Die Entscheidungsfrist endete daher nach Maßgabe von § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. §§ 188 Abs. 2, 187 Abs. 1 sowie 193 BGB am 05.02.2013.

2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Entscheidung ist auch materiell rechtmäßig. Die Antragstellerin betreibt ein Transportnetz und ist deshalb zertifizierungspflichtig (siehe folgenden Abschnitt 2.1.). Der Antragstellerin war die Zertifizierung zu erteilen, weil sie nachgewiesen hat, dass sie entsprechend den Vorgaben in § 8 EnWG als Eigentumsrechtlich Entflochtener Transportnetzbetreiber organisiert ist (siehe folgenden Abschnitt 2.2.). Die Entscheidung war unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens mit Nebenbestimmungen zu versehen (siehe folgenden Abschnitt 2.3.).

2.1. Betrieb eines Transportnetzes

Die Antragstellerin ist als Betreiberin eines Fernleitungsnetzes nach § 4a Abs. 1 S. 1 EnWG verpflichtet, sich zertifizieren zu lassen, denn der Betrieb eines Transportnetzes bedarf der Zertifizierung durch die Regulierungsbehörde. Transportnetz ist nach § 3 Nr. 31d EnWG jedes Fernleitungsnetz, dementsprechend ist Transportnetzbetreiber gemäß § 3 Nr. 31c EnWG jeder Betreiber eines Fernleitungsnetzes. Dabei umfasst der Betrieb insbesondere die Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 EnWG (Netzentwicklungsplanung, Netzanschluss, Netzzugang).

Die Antragstellerin bedarf als Betreiberin eines Fernleitungsnetzes i.S.v. § 3 Nr. 10 EnWG der Zertifizierung. Betreiber von Fernleitungsnetzen sind solche Netzbetreiber,

„die Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkte aufweisen, die insbesondere die Einbindung großer europäischer Importleitungen in das deutsche Fernleitungsnetz gewährleisten, oder natürliche oder juristische Personen oder rechtlich unselbständige Organisationseinheiten eines Energieversorgungsunternehmens, die die Aufgabe der Fernleitung von Erdgas wahrnehmen und verantwortlich sind für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau eines Netzes,

a) das der Anbindung der inländischen Produktion oder von LNG-Anlagen an das deutsche Fernleitungsnetz dient, sofern es sich hierbei nicht um ein vorgelagertes Rohrleitungsnetz im Sinne von Nr. 39 handelt, oder

b) das an Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkten Buchungspunkte oder -zonen aufweist, für die Transportkunden Kapazitäten buchen können.“ (§ 3 Nr. 5 EnWG)

Im Gasbereich hat der Begriff des Fernleitungsnetzes durch die Neufassung des § 3 Nr. 5 EnWG eine Anpassung dahingehend erfahren, dass er nun ausdrücklich solche Netze betrifft, welche Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkte aufweisen, die insbesondere die Einbindung großer europäischer Importleitungen in das deutsche Fernleitungsnetz gewährleisten. Dies korrespondiert mit der in § 3 Nr. 37 EnWG vorgenommenen Klarstellung zur „Verteilung“, wonach der Verteilung von Gas auch solche Netze dienen, die über Grenzkopplungspunkte verfügen, über die (aber) ausschließlich ein anderes, nachgelagertes Netz aufgespeist wird. Über den Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkt hinaus muss also gerade auch die „Einbin-

dung großer europäischer Importleitungen in das deutsche Fernleitungsnetz“ gegeben sein, damit das Netz als Fernleitungsnetz gilt.

Hiernach ist die Antragstellerin als Betreiberin eines Fernleitungsnetzes zu qualifizieren. Sie betreibt in Norddeutschland ein Fernleitungsnetz im Hochdruckbereich. Dieses Netz erstreckt sich über etwa 3200 km und reicht im Westen von den Übergabepunkten Emden und Oude Statenzijl über die Metropolbereiche Bremen und Hamburg bis zur dänischen Grenzen sowie im Osten bis nach Berlin. Das Netz der Antragstellerin verfügt über Grenzübergangspunkte zu den Niederlanden, nach Norwegen und nach Dänemark sowie über Marktgebietsübergangspunkte zu anderen deutschen Fernleitungsnetzen, sowie zum Marktgebiet NetConnect Germany. Erdgas kann an ca. 30 verschiedenen Punkten – davon fünf Grenzübergangs-Stationen – in das Transportnetz der Antragstellerin eingespeist werden. Die Möglichkeit der Kapazitätsbuchung besteht an Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkten über die Kapazitätsplattform TRAC-X. Das Netz der Antragstellerin dient gerade auch der Einbindung großer europäischer Importleitungen in das deutsche Fernleitungsnetz. Insbesondere betreibt sie Teile der 408 km langen NETRA-Leitung, die als große Importleitung norwegisches Erdgas nach Deutschland hinein transportiert. Über die NETRA können derzeit insgesamt bis zu 5,5 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs gedeckt werden.

2.2. Nachweis der Organisation nach § 8 EnWG

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie entsprechend den Vorgaben in § 8 EnWG als Eigentumsrechtlich Entflochtener Transportnetzbetreiber organisiert ist. Sie hat ganz überwiegend Eigentum an ihrem Transportnetz inne (siehe folgenden Abschnitt 2.2.1.). Soweit dies noch nicht der Fall ist, wird durch die Auflagen in Tenor Ziffer 2. sichergestellt, dass insoweit ein entflechtungskonformer Zustand hergestellt wird. Sowohl Kontrolle als auch Rechte mit Bezug auf die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Versorgung sind beschränkt (siehe folgenden Abschnitt 2.2.2.), die Vorgaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe sind eingehalten (siehe folgenden Abschnitt 2.2.3.) und ausreichende finanzielle, materielle, technische sowie personelle Mittel sind gewährleistet (siehe folgenden Abschnitt 2.2.4.). Im Rahmen des Entflechtungsvorgangs wurde sichergestellt, dass sensible Informationen nicht in die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb gelangen (siehe folgenden Abschnitt 2.2.5.).

2.2.1. Eigentum am Transportnetz

Die Antragstellerin ist weitestgehend Eigentümerin ihres Transportnetzes gem. § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG.

Sie hat dargelegt, (vgl. Anlagen ET 1 ff.), dass sie zu weitaus überwiegenden Teilen unmittelbar oder vermittelt durch Beteiligungen Eigentümerin des von ihr betriebenen Gasfernleitungsnetzes

ist. Mit den als Anlagenkonvolut ET1 - 16 eingereichten Anlagen und den zur Ergänzung des Anlagenkonvolutes ET Nr. 1 bis 34 vorgelegten Unterlagen, in denen die Antragstellerin u.a. Ausführungen zum Transportnetz und zu den zum Betreiben des Netzes erforderlichen Anlagen macht, sowie mit ihrer Erklärung in Anlage ET3 zum Eigentum am Transportnetz einschließlich sämtlicher für den Netzbetrieb erforderlichen Betriebsmittel hat die Antragstellerin diesen Nachweis erbracht. Im Folgenden wird daher nur auf einige Aspekte zum Erfordernis des „Eigentums am Transportnetz“ eingegangen:

2.2.1.1. Bruchteilseigentum

Maßstab für die Beurteilung des Eigentums sind die §§ 903 ff. BGB. Die Antragstellerin hält zum Teil Bruchteilseigentum und bildet gemeinsam insbesondere mit anderen Transportnetzbetreibern entsprechende Bruchteilsgemeinschaften. Eigentum im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 EnWG ist auch das Bruchteilseigentum am betriebenen Transportnetz, da es vollwertiges Eigentum im Sinne des BGB darstellt. Das Eigentum steht hierbei mehreren Rechtspersonen zu, wobei sich die Eigentumsanteile nach Bruchteilen bestimmen. Jede Rechtsperson kann über ihren Anteil selbst verfügen. Über das Objekt im Ganzen können die Bruchteilseigentümer nur gemeinschaftlich verfügen. Die Eigentümer bilden hierzu eine Bruchteilsgemeinschaft. Insbesondere bei Gasfernleitungen treten verschiedene Fallkonstellationen auf, in denen eine Leitung von mehreren Transportnetzbetreibern genutzt wird, die sich in der einen oder anderen Form auch das Eigentum an diesen Leitungen oder Kapazitäten teilen. Die technische Betriebsführung kann faktisch nur einheitlich erfolgen. Betreibereigenschaft und Betriebsführung können allerdings auseinander fallen, ohne dass dies zu beanstanden ist.

Soweit hierbei die Leitung in einem Umfang genutzt wird, der mit der Höhe des Bruchteilseigentumsanteils übereinstimmt oder diesen sogar unterschreitet [REDACTED] wird die Voraussetzung „Eigentum am Transportnetz“ unproblematisch erfüllt. Soweit hingegen Nutzungsrechte in erheblichem Umfang den Bruchteilseigentumsanteil übersteigen, ist zu prüfen, ob hierin eine ausnahmsweise zulässige Nutzungsüberlassung vorliegt (vgl. hierzu unten, Abschnitt 2.2.1.4.).

2.2.1.2. Mittelbares Eigentum an der NETRA

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie vermittelt durch Beteiligungen Eigentümerin der NETRA ist. Sie hat dargelegt, dass sie die Leitungsgesellschaft NETRA GmbH Norddeutschen Erdgas Transversale & Co. KG („NETRA GmbH & Co. KG“), die unmittelbare Eigentümerin der NETRA ist, gemeinsam mit der Open Grid Europe GmbH („OGE“) und der jordgasTransport GmbH („jordgas Transport“) kontrolliert und dass weder sie noch die OGE oder die jordgas Transport die Leitungsgesellschaft aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen oder durch entsprechende anderweitige Absprachen oder Verträge allein kontrollieren. Zudem hat sie

dargetan, dass ihr die Beteiligung an dieser Leitungsgesellschaft eine Verfügungsbefugnis über die NETRA vermittelt, die der eines Eigentümers nach Maßgabe der §§ 903 ff. BGB entspricht.

2.2.1.2.1. (Gemeinsame) Kontrolle der Leitungsgesellschaft

Diese Konstellation setzt zum einen voraus, dass der andere Anteilseigner, soweit er über Nutzungsrechte an der Leitung verfügt, ebenfalls ein Transportnetzbetreiber ist und dass eine gemeinsame Beherrschung der Leitungsgesellschaft, die unmittelbare Eigentümerin des Transportnetzes ist, stattfindet und nicht eines der beteiligten Unternehmen die Gesellschaft aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen oder durch entsprechende anderweitige Absprachen oder Verträge allein kontrolliert. In diesem Fall würden nicht kontrollierende Unternehmen kein „mittelbares Eigentum“ am Transportnetz halten. Maßstab ist insoweit die Fusionskontrollverordnung („FKVO“, EG-Verordnung 139/2004). Nicht zulässig sind außerdem Fälle, in denen Unternehmen aus den Wettbewerbsbereichen Anteile an der Leitungsgesellschaft halten.

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall erfüllt.

(1) Unmittelbare Eigentümerin der NETRA ist die NETRA GmbH & Co. KG. Anteilseigner bzw. Gesellschafter an der NETRA GmbH & Co. KG sind neben der Antragstellerin mit [REDACTED], die OGE mit [REDACTED] sowie die jorgas Transport mit [REDACTED], jeweils als Kommanditisten. [REDACTED]

Bei der NETRA GmbH & Co. KG als unmittelbarer Eigentümerin der NETRA handelt es sich um eine reine Projektgesellschaft, die praktisch über keine eigenen personellen Ressourcen verfügt. Wesentliche Aufgabe der NETRA GmbH & Co. KG ist es, das sachenrechtliche Eigentum an der NETRA zu halten, die Kosten für den Bau/Ausbau sowie die Unterhaltung der NETRA (einschließlich Finanzierung und Abschreibungen) zu bündeln sowie ihren Gesellschaftern die Kapazitäten der NETRA dauerhaft anteilig in der Weise zur Verfügung zu stellen, dass diese intern die Kosten für Finanzierung, Bau/Ausbau und Unterhaltung des Leitungssystems verursachungsgerecht entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an den Kapazitäten tragen (vgl. § 2 des Gesellschaftsvertrags der NETRA GmbH & Co. KG, vgl. Anlage ET 15 a). Der NETRA GmbH & Co. KG obliegt auch die Instandhaltung und Wartung der Leitung, wobei sie sich der Konsortialpartner OGE und jorgas Transport als Dienstleistungserbringer bedient.

(2) Des Weiteren haben weder die Antragstellerin noch die OGE oder die jorgas Transport alleinige Kontrolle über die Leitungsgesellschaft. Die NETRA GmbH & Co. KG und NETRA GmbH werden von der Antragstellerin, der OGE und jorgas Transport gemeinsam kontrolliert. Die Antragstellerin verfügt über Vetorechte, die den Kern der Geschäftstätigkeit der NETRA GmbH & Co. KG betreffen und es der Antragstellerin ermöglichen, wesentliche Entscheidungen für das strategische Wirtschaftsverhalten der NETRA GmbH & Co. KG zu blockieren. Hierdurch erhält die Antragstellerin einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit der NETRA GmbH &

Co. KG, der gemäß Art. 3 Abs. 2 FKVO Kontrolle begründet. Gemeinsame Kontrolle wird dementsprechend in der Regel begründet durch Vetorechte bei Entscheidungen über Budget, Geschäftsplan, größere Investitionen und/oder die Besetzung der Unternehmensleitung (vgl. Gesellschaftsvertrag, u.a. § 13 Ziff. 3 und 4. i.V.m. § 9, § 16 Ziff. 4, vgl. Anlage ET 15 a).

(3) Neben den Gesellschaftsverträgen NETRA GmbH & Co. KG und NETRA GmbH besteht zwischen der Antragstellerin, der OGE und jordgas Transport auch ein Konsortialvertrag („Participants Agreement“ – „Teilnehmervereinbarung“) betreffend die NETRA. Dieser Konsortialvertrag regelt das Verhältnis zwischen den Konsortialpartnern sowie die Grundlagen der anteiligen Nutzung der NETRA durch die Antragstellerin, die OGE und die jordgas Transport.

Nach den in den Gesellschaftsverträgen und dem Konsortialvertrag getroffenen Vereinbarungen verfügt die Antragstellerin über umfangreiche Vetorechte und Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Unternehmensführung der NETRA GmbH & Co. KG. So ist die Antragstellerin in allen Entscheidungsgremien (Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat, Geschäftsführung) maßgeblich vertreten. Die Entscheidungen sind zwar nicht durchgehend einstimmig zu treffen, jedoch verfügt die Antragstellerin über Vetorechte, die den Kern der Geschäftstätigkeit der NETRA GmbH & Co. KG betreffen und die es ihr ermöglichen, für das strategische Wirtschaftsverhalten der NETRA GmbH & Co. KG wesentliche Entscheidungen zu blockieren.

(4) Darüber hinaus werden nach den Regelungen des Konsortialvertrags zwei Ausschüsse (sog. Committees) von der Antragstellerin, OGE und jordgas Transport eingerichtet, über die eine Steuerung der Geschäfte von NETRA GmbH & Co. KG und NETRA GmbH erfolgt (vgl. Ziff. 2.4 des Konsortialvertrags). Diese Ausschüsse (Koordinierungsausschuss, Bauausschuss) fassen Beschlüsse zu zentralen strategischen Fragen der NETRA. Auch die Antragstellerin ist in diesen Ausschüssen vertreten, wobei sich die Ausschüsse bei Entscheidungen um Einstimmigkeit bemühen. Im Falle einer Pattsituation gibt es keine Einzelentscheidungsrechte einer Partei, vielmehr ist unter Einbeziehung der Unternehmensführungen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Da sowohl die Antragstellerin als auch OGE und jordgas Transport als Parteien des Konsortialvertrags verpflichtet sind sicherzustellen, dass die gesellschaftsrechtlichen Organe der NETRA GmbH & Co. KG und NETRA GmbH in Übereinstimmung mit den Entscheidungen der Ausschüsse handeln, überlagern diese Vereinbarungen im Konsortialvertrag teilweise auch die gesellschaftsvertraglichen Regelungen und begründen dadurch weitere Vetorechte der Antragstellerin. Diese ermöglichen es der Antragstellerin unabhängig von den aus dem Gesellschaftsvertrag der NETRA GmbH & Co. KG folgenden Rechten, maßgeblichen Einfluss auf das strategische Wirtschaftsverhalten der Eigentumsgesellschaft zu nehmen.

Durch dieses Bündel von Vetorechten und Mitwirkungsmöglichkeiten der Antragstellerin ist im Ergebnis sichergestellt, dass die Antragstellerin die NETRA GmbH & Co. KG gemeinsam mit OGE und jordgas Transport kontrolliert.

2.2.1.2.2. Eigentümergeleiche Verfügungsbefugnis

Weitere Voraussetzung ist zudem, dass die Beteiligung an der Leitungsgesellschaft eine Verfügungsbefugnis über das Transportnetz vermittelt, die der eines Eigentümers nach Maßgabe der §§ 903 ff. BGB entspricht. Damit ist nicht notwendig eine alleinige Verfügungsbefugnis über das Netz verbunden. Vielmehr genügen auch Rechte, die mit denen eines Miteigentümers nach §§ 1008 ff. BGB zu vergleichen sind. Die Rechte sind im Gesellschaftsvertrag der Leitungsgesellschaft, beispielsweise durch entsprechende Weisungsrechte oder Zustimmungsvorbehalte des Transportnetzbetreibers, zu vereinbaren.

Im Hinblick auf die Nutzung der NETRA stehen der Antragstellerin Rechte zu, die denen eines Eigentümers weitgehend entsprechen. Die NETRA ist in drei virtuelle Leitungssysteme („Pipe-in-Pipe“) aufgeteilt worden, für die die Antragstellerin, OGE und jordgas Transport jeweils die Funktionen eines Netzbetreibers ausüben und für die ihnen Verfügungsbefugnisse zustehen, die denen eines (Mit-) Eigentümers nach Maßgabe der §§ 903 ff., 1008 ff. BGB entsprechen.

Der Konsortialvertrag zwischen der Antragstellerin, OGE und jordgas Transport sieht vor, dass dessen Parteien von NETRA GmbH & Co. KG jeweils verlangen können, ihnen ein Recht zum eigenverantwortlichen Gebrauch und zur eigenverantwortlichen Nutzung der NETRA zu einem bestimmten Prozentsatz einzuräumen (§ 5 des Konsortialvertrags). Auf dieser Grundlage hat die BEB Transport GmbH & Co. KG (jetzt die Antragstellerin) mit NETRA GmbH & Co. KG mit Datum vom 28.06.2005 einen langfristigen Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsvertrag (sog. „Beneficial Use Agreement“ vgl. Anlage ET 13 a und b) für die NETRA geschlossen. Entsprechende Verträge bestehen auch zwischen NETRA GmbH & Co. KG und OGE bzw. jordgas Transport. Für das ihr eingeräumte Gebrauchs- und Nutzungsrecht an der NETRA entrichten die Antragstellerin, die OGE und jordgas Transport jeweils ein Entgelt an die NETRA GmbH & Co. KG. Die Antragstellerin hat das Recht, ihr Nutzungsrecht zu allen Zeiten auf eine Art und Weise auszuüben, als hätte sie ein eigenes Rohrleitungssystem, wobei jedoch diese Nutzung niemals das Recht der anderen Konsortialpartner zur Ausübung ihres Nutzungsrechts beeinträchtigen darf (vgl. Ziff. 5.2.1 des Konsortialvertrags).

(2) Nach den Regelungen des Konsortialvertrags und des Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsvertrags ist die Antragstellerin darüber hinaus berechtigt, ihre Leitungskapazität auch individuell auszubauen, vorausgesetzt die betreffenden Arbeiten sind technisch durchführbar (vgl. Ziff. 6:2.2. des Konsortialvertrags). Gleiches gilt für OGE und jordgas Transport.

Verlangt eine Partei des Konsortialvertrags eine entsprechende Maßnahme, steht den jeweils anderen Parteien das Recht zu, sich an der Maßnahme zu beteiligen, um einen technisch und wirtschaftlich möglichst effizienten Ausbau zu gewährleisten. Es ist jedoch keine der Vertragsparteien berechtigt, die von einer der Parteien angeforderten Maßnahmen abzulehnen. In diesem Fall greifen die Regeln des individuellen Ausbaus. Entscheidet sich nur eine der

Parteien, sich an der Maßnahme zu beteiligen, darf die Maßnahme in keinem Fall die Rechte der anderen Konsortialpartner beeinträchtigen.

Durch diese Regelungen ist sichergestellt, dass die Antragstellerin im Hinblick auf die ihr zugewiesenen Kapazitäten der NETRA über Verfügungsbefugnisse und Rechte zum individuellen Netzausbau verfügt, die denen eines Eigentümers entsprechen.

2.2.1.3. Mittelbares Eigentum an der DEUDAN

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie vermittelt durch Beteiligungen Eigentümerin der DEUDAN ist (vgl. Anlage ET8a ff.). Sie hat dargelegt, dass sie die Leitungsgesellschaft DEUDAN – Deutsch/Dänische Erdgastransportgesellschaft mbH & Co. KG („DEUDAN GmbH & Co. KG“), die unmittelbare Eigentümerin der DEUDAN ist, gemeinsam mit der OGE kontrolliert und dass weder sie noch die OGE die Leitungsgesellschaft aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen oder durch entsprechende anderweitige Absprachen oder Verträge allein kontrollieren (vgl. etwa Anlage ET11a, §§ 13, 14). Zudem hat sie dargetan, dass ihr die Beteiligung an dieser Leitungsgesellschaft eine Verfügungsbefugnis über die DEUDAN vermittelt, die der eines Eigentümers nach Maßgabe der §§ 903 ff. BGB entspricht (vgl. etwa Anlage ET8a Ziffer 4.7 des Konsortialvertrages).

Die Europäische Kommission vertritt in ihrer Stellungnahme vom 03.12.2012 die Auffassung, dass die maßgeblichen Unternehmensvereinbarungen hierzu nicht detailliert untersucht wurden und nicht geprüft worden sei, ob diese der Antragstellerin eigentümergeleiche Gebrauchs- und Nutzungsrechte für einen Teil des DEUDAN-Leitungsnetzes vermitteln. Sie fordert die Bundesnetzagentur dazu auf, diese Prüfung vorzunehmen, ohne indes zu erläutern, aus welchen Passagen der ihr vorliegenden Unternehmensvereinbarungen sich Anlass ergeben soll, daran zu zweifeln, dass der Antragstellerin eigentümergeleiche Gebrauchs- und Nutzungsrechte zustünden.

Soweit die Kommission meint, es habe keine Prüfung stattgefunden, beruht dies offenbar auf einem Missverständnis. Die Beschlusskammer hat diese Prüfung vorgenommen und bereits im Beschlussentwurf dokumentiert. Die maßgeblichen Kriterien für die Anerkennung mittelbaren Eigentums wurden darin unter Ziffer 2.2.1.2.1. in abstrakter Weise dargelegt. Eine Subsumtion des zu beurteilenden Sachverhaltes unter diese Kriterien findet sich unter Ziffer 2.2.1.3. des Entwurfs. Hierbei wurden sämtliche Prüfungspunkte abgearbeitet, und es wird zulässigerweise auf die zur Begründung des Zertifizierungsantrages eingereichten – und auch der Kommission vorliegenden – Antragsunterlagen rekurriert. Die Einschätzung der Europäischen Kommission, die Unternehmensvereinbarungen seien nicht detailliert untersucht worden, beruht offenbar darauf, dass hier nicht zwischen der Prüfung als solcher und der schriftlichen Niederlegung der Prüfungsergebnisse differenziert wird. Selbstverständlich hat sich die Beschlusskammer intensiv mit den eingereichten Unternehmensvereinbarungen auseinandergesetzt. Lediglich die Darstel-

lung des Prüfungsergebnisses ist in der gebotenen Knappheit und unter Bezugnahme auf die Antragsunterlagen, die der Kommission zur Verfügung standen, erfolgt.

Gleichwohl hat die Kammer die Aufforderung der Kommission zum Anlass genommen, ihre Prüfung nochmals intensiv zu überdenken und die mit den Antragsunterlagen vorgelegten Unternehmensvereinbarungen erneut und insbesondere daraufhin zu untersuchen, ob diese der Antragstellerin eigentümerähnliche Gebrauchs- und Nutzungsrechte für einen Teil des DEUDAN-Leitungsnetzes vermitteln. Aus dieser erneuten Prüfung haben sich keine Erkenntnisse ergeben, die die bisherigen Feststellungen infrage stellen. Maßgeblich sind weiterhin die Erwägungen, die schon für die Prüfung betreffend die NETRA angestellt wurden (vgl. 2.2.1.2.) und auch bezüglich des DEUDAN-Systems gelten.

2.2.1.4. Nutzungsüberlassungen

Neben den zuvor dargestellten unmittelbaren bzw. vermittelten Eigentumsstrukturen arbeitet die Antragstellerin auch mit Nutzungsüberlassungen. Diese liegen nicht nur in den Fällen vor, in denen die Antragstellerin keinerlei Eigentumsanteil an einer Leitung hat. Vielmehr handelt es sich auch dann um eine Situation der Nutzungsüberlassung, wenn die Antragstellerin einen Bruchteil der Leitung als Eigentum hält und, um die Leitung vollständig nutzen zu können, den Anteil eines weiteren Bruchteilseigentümers „hinzupachtet“. Hinsichtlich des zur Nutzung überlassenen Anteils müssen dann jeweils die Voraussetzungen für eine ausnahmsweise zulässige Nutzungsüberlassung vorliegen.

Die Beschlusskammer erkennt Nutzungsüberlassungen als Ausnahme von der Regel des Eigentumserwerbs im Einzelfall als zulässig an, wenn

- der Transportnetzbetreiber einen solch starken Einfluss auf das überlassene Objekt ausübt, dass dieser einer Eigentümerstellung vergleichbar ist, d.h. die Überlassungsverträge so ausgestaltet sind, dass der Transportnetzbetreiber faktisch und rechtlich vergleichbar einem Eigentümer agieren kann,
- das Objekt von einem anderen Transportnetzbetreiber oder im Rahmen eines als unabhängiger Systembetreiber zertifizierten Eigentümers zur Nutzung überlassen wird, und
- das überlassene Objekt im Verhältnis zum Gesamttransportnetz nicht wesentlich ins Gewicht fällt; also nur solche Leitungen oder Anlagen zur Nutzung überlassen werden, die im Vergleich zum sonstigen Netz eine untergeordnete Rolle spielen.

Diese einschränkende Auslegung ist vor dem Hintergrund von Sinn und Zweck der Entflechtungsregelungen geboten; § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG ist insoweit teleologisch zu reduzieren. Denn das Ziel der Entflechtung wird nicht gefährdet, wenn in einem beschränkten Maße und unter den o.g. Bedingungen Nutzungsüberlassungen ausnahmsweise zugelassen werden. Eine „wirksame

Die Antragstellerin hält Bruchteilseigentumsanteile in einem Gemeinschaftssystem zusammen mit der [REDACTED].

Es dürfte hiernach bereits äußerst zweifelhaft sein, ob überhaupt eine (von der Beschlusskammer akzeptierte) Form der Nutzungsüberlassung gegeben ist. Denn den Vertragsparteien kommt es offenbar darauf an, gerade nicht die Leitungen selbst zur Nutzung zu überlassen, sondern der Antragstellerin – vergleichbar mit einem Transportkunden – lediglich Transportkapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Letztlich kann die Beantwortung dieser Frage hier offen bleiben, denn jedenfalls findet in dieser Konstellation keine Nutzungsüberlassung von einem anderen, zertifizierten Transportnetzbetrei-

ber statt. Denn die [REDACTED] agiert nicht selbständig als Transportnetzbetreiberin. Sie ist weder zertifiziert noch hat sie eine Zertifizierung beantragt, was in Ermangelung ihrer Eigenschaft als Netzbetreiberin auch nicht erfolgsversprechend sein dürfte. Sie gehört [REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED] Da mithin keine Kooperation unter Netzbetreibern stattfindet, die jeweils denselben strengen Entflechtungsvorgaben unterliegen, ist eine teleologische Reduktion des Eigentumserfordernisses in § 8 Abs. 2 EnWG nicht gerechtfertigt. Hinsichtlich der Nutzungsüberlassungen, die den eigenen Bruchteilseigentumsanteil übersteigen bzw. im Fall der vollständigen Nutzungsüberlassung betreffend die Leitung „[REDACTED]“ liegen die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung daher nicht vor. Hieran vermag auch der Einwand der Antragstellerin, es handele sich um eine bedarfsgerechte Systemoptimierung, nichts zu ändern.

Allerdings ist auf der Rechtsfolgende zu berücksichtigen, dass eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zum jetzigen Zeitpunkt für die Antragstellerin mit [REDACTED] verbunden sein könnte. Nach einer Abwägung der Interessen der Antragstellerin an der Vollziehung einer [REDACTED] Veränderung der Eigentumsverhältnisse und den Gefahren einer „Nutzungsüberlassung“ von Gesellschaften, die nicht über das Entflechtungsniveau eines zertifizierten Transportnetzbetreibers verfügen, hat sich die Beschlusskammer dazu entschlossen, der Antragstellerin für die Herstellung eines entflechtungskonformen Zustandes eine Übergangsfrist bis zum 01.01.2015 zu gewähren. Maßgeblich für diese Entscheidung war, dass die Antragstellerin nachvollziehbar dargelegt hat, dass Änderungen an den Eigentumsverhältnissen aufgrund von [REDACTED] nicht vor dem 01.01.2015 [REDACTED] vollzogen werden können [REDACTED]

[REDACTED]. Hierzu hat sie eine Stellungnahme der [REDACTED] vom 05.09.2012 eingereicht. Demgegenüber erscheinen die Gefahren, die in der Zwischenzeit von der Konstellation „[REDACTED]“ ausgehen, als überschaubar. [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED] Obgleich diese Konstellation nicht dazu geeignet ist, die Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 EnWG zu erfüllen, werden entflechtungsrechtliche Belange – zudem über einen überschaubaren Zeitraum hinweg – jedenfalls nicht in besonders prekärer Weise verletzt. Die Zertifizierung wird daher mit einer entsprechenden Auflage, siehe Tenor Ziffer 2. lit. a), erteilt.

Bezüglich des Leitungsabschnitts [REDACTED] (vgl. Anlage ET2 Auflistung Leitungen) besteht eine Bruchteilsgemeinschaft mit der [REDACTED]

Die Leitung wird allerdings zu 100 % von der Antragstellerin genutzt, weshalb ein Fall der Nutzungsüberlassung hinsichtlich des den eigenen Bruchteilseigentumsanteil übersteigenden Teils der Leitung vorliegt.

Insoweit sind die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung ebenfalls nicht erfüllt. Denn auch hier findet keine Nutzungsüberlassung von einem anderen, zertifizierten Transportnetzbetreiber statt. Bei der [REDACTED] handelt es sich vielmehr um einen Verteilernetzbetreiber. Da ein Verteilernetzbetreiber nicht das strenge Entflechtungsniveau eines Fernleitungsnetzbetreibers aufweist, ist materiell eine Beeinträchtigung der Entflechtungsvorschriften zu besorgen. Denn die Nutzungsüberlassung findet nicht unter solchen Netzbetreibern statt, die jeweils selbst den entflechtungsrechtlichen Vorgaben der Zertifizierung genügen müssen. Hieran vermag auch der Einwand der Antragstellerin, es handele sich hierbei um eine bedarfsgerechte Systemoptimierung, nichts zu ändern. Die Antragstellerin übersieht insoweit, dass der Wortlaut des § 8 Abs. 2 EnWG vom Erfordernis des „Eigentums am Transportnetz“ ausgeht. Den Begriff der „bedarfsgerechten Systemoptimierung“ kennen die Zertifizierungsvorschriften demgegenüber nicht.

Nach einer Abwägung der Interessen der Antragstellerin und der Gefahren, die auftreten können, wenn Nutzungsüberlassungen von solchen Gesellschaften erfolgen, die nicht über das Entflechtungsniveau eines zertifizierten Transportnetzbetreibers verfügen, hat sich die Beschlusskammer dazu entschlossen, der Antragstellerin für die Herstellung eines entflechtungskonformen Zustandes eine Übergangsfrist von sechs Monaten nach Erteilung der Zertifizierung zu gewähren. Maßgeblich für diese Entscheidung war, dass die Antragstellerin nachvollziehbar dargelegt hat, dass sie erfolgreich Vertragsverhandlungen mit der [REDACTED] aufgenommen und durchgeführt hat, wonach zum 01.01.2013 eine Eigentümerstellung sichergestellt werden wird. Die Gefahren, die in der Zwischenzeit von der Konstellation „Pacht von einem Verteilernetzbetreiber“ ausgehen, erscheinen insoweit als hinnehmbar. Die Zertifizierung wird daher mit einer entsprechenden Auflage, siehe Tenor Ziffer 2. lit. b), versehen.

[REDACTED]

Die Antragstellerin nutzt nach der „Transportvereinbarung für die Belieferung von [REDACTED]“ (vgl. Anlage 32 ff.) die Leitung mit der [REDACTED] (ET2 Auflistung Leitungen), die sich zu 100% im Eigentum der [REDACTED] befindet. Die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung sind auch insoweit nicht gegeben.

Es dürfte auch in dieser Konstellation äußerst zweifelhaft sein, ob überhaupt eine (von der Beschlusskammer akzeptierte) Form der Nutzungsüberlassung gegeben ist. Denn der Antragstellerin werden gerade nicht die Leitungen zur Nutzung zu überlassen, sondern – vergleichbar mit einem Transportkunden – lediglich Transportkapazitäten zur Verfügung gestellt.

Jedenfalls fehlt es aber in der konkreten Ausgestaltung der Nutzungsüberlassung an dem erforderlichen eigentümerähnlich starken Einfluss auf die Leitung selbst. Ein mit einer Eigentümerstellung vergleichbar starker Einfluss auf das überlassene Objekt setzt voraus, dass das Nutzungsrecht in einer Weise ausgeübt werden kann, als verfügte die Antragstellerin über ein eigenes Rohrleitungssystem. Insbesondere muss im Grundsatz die Möglichkeit bestehen, den Ausbau des gepachteten Netzes zu verlangen. Vorliegend entspricht die Stellung der Antragstellerin eher der eines Transportkunden. Das Vertragswerk ist als „Transportvereinbarung“ etikettiert. Auch die inhaltliche Ausgestaltung spricht eindeutig dafür, dass hier keine Leitungsnutzung in eigentümerähnlicher Stellung vorliegt, sondern vielmehr ein Transportvertrag. Die Antragstellerin kann keinerlei Einfluss auf die Leitung selbst ausüben. [REDACTED]

[REDACTED] All dies ist weit entfernt von dem in § 8 Abs. 2 EnWG postulierten Eigentumserfordernis.

Gleichwohl kann die Zertifizierung auch insoweit unter einer Auflage, Tenor Ziffer 2. lit. c), erfolgen. Denn es handelt sich bei den betroffenen Leitungen im Verhältnis zum gesamten Leitungsnetz der Antragstellerin um einen verschwindend geringen Anteil. Des Weiteren hat die Antragstellerin ausdrücklich erklärt, dass sie sich bemühen wird, eine Vertragsanpassung zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist überdies zu berücksichtigen, dass auch die [REDACTED] nach § 20 Abs. 1b EnWG verpflichtet ist, im Wege einer verbindlichen Zusammenarbeit die Herstellung entflechtungskonformer Zustände voranzutreiben. Der Entflechtungsverstoß dürfte daher innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu beseitigen sein.

2.2.2. Kontrolle und Rechte am Transportnetzbetreiber

Die Antragstellerin und das sie kontrollierende Unternehmen sind gesellschaftsrechtlich entsprechend den Vorgaben des § 8 Abs. 2 S. 2 und 3 EnWG strukturiert.

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass Personen, die unmittelbar oder mittelbar die Kontrolle über ein Unternehmen ausüben, das eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt, weder unmittelbar noch mittelbar Kontrolle über die Antragstellerin selbst oder ihr Transportnetz noch Rechte an der Antragstellerin selbst oder ihrem Transportnetz ausüben (§ 8 Abs. 2 S. 2 EnWG).

Für die Frage, ob Personen, die Kontrolle über ein Unternehmen aus den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb wahrnehmen, die Antragstellerin kontrollieren oder Rechte an ihr

wahrnehmen, ist auf die Person der N.V. Nederlandse Gasunie abzustellen. Die Anteilseignerstrukturen betreffend die Antragstellerin stellen sich insoweit wie folgt dar:

Alleinige Anteilseignerin der Antragstellerin ist die Gasunie Deutschland Transportservices Holding GmbH. Deren Anteile werden wiederum zu 100% durch die Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG gehalten. Als geschäftsführende Komplementärin der Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG tritt die Gasunie Deutschland Verwaltungs GmbH auf. Alleinige Anteilseignerin der Gasunie Deutschland Verwaltungs GmbH ist die niederländische Gastransport Noord-West Europa B.V., die zugleich einen Kommanditanteil von 51% an der Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG hält. Die Gastransport Noord-West Europa B.V. und weitere Kommanditisten werden unter einer Holding, der Gastransport Noord-West Europa Holding B.V. zusammengefasst, die an den Gesellschaften alleinige Anteilseignerin ist. Alleinige Anteilseignerin der Gastransport Noord-West Europa Holding B.V. ist schließlich die niederländische N.V. Nederlandse Gasunie.

Die Antragstellerin hat zur Überzeugung der Beschlusskammer dargelegt, dass die N.V. Nederlandse Gasunie weder unmittelbar noch mittelbar die Kontrolle über ein Unternehmen aus den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb ausübt. Hierzu hat sie in ihrem Zertifizierungsantrag die aktuellen Beteiligungen der N.V. Nederlandse Gasunie aufgelistet und ein Organigramm der Konzernstruktur vorgelegt. Bei den Beteiligungen der N.V. Nederlandse Gasunie handelt es sich nach dieser Darstellung ausschließlich um Unternehmen, die entweder selbst ein Fernleitungsnetz betreiben oder Funktionen in der Gasspeicherung oder beim Betrieb eines LNG-Terminal wahrnehmen bzw. Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Netzzugang anbieten.

Des Weiteren hat die Antragstellerin dargelegt, dass auch die N.V. Nederlandse Gasunie selbst nicht von einem Unternehmen kontrolliert wird, das zugleich in den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb tätig ist. Alleiniger Anteilseigner der N.V. Nederlandse Gasunie ist der niederländische Staat, vertreten durch das niederländische Finanzministerium. Für die Beschlusskammer ergeben sich daher keine Anhaltspunkte für eine zertifizierungsrechtlich unzulässige Beteiligungssituation.

In diesem Zusammenhang ist zudem zu berücksichtigen, dass die Gastransport Services B.V. – ebenfalls eine Tochter der N.V. Nederlandse Gasunie – als niederländischer Transportnetzbetreiber einer Zertifizierung durch die niederländische Regulierungsbehörde bedarf. Sollte sich in diesem Verfahren ergeben, dass die N.V. Nederlandse Gasunie entgegen den Darstellungen der Antragstellerin gleichwohl eine unzulässige Kontrolle über ein Unternehmen aus den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb ausübt, wäre dies Anlass für die Beschlusskammer, ggf. von dem in der vorliegenden Entscheidung vorgesehenen Widerrufsvorbehalt Gebrauch zu machen und der Antragstellerin die Zertifizierung zu entziehen. Insbesondere aus diesem Grund hat die Beschlusskammer die Auflage in Tenor Ziffer 2. lit. d) aufgenommen.

2.2.3. Mitglieder des Aufsichtsrats oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass keine unzulässigen personellen Verflechtungen bestehen.

Für Mitglieder des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe gelten besondere Vorgaben. Danach ist die Tätigkeit für den Transportnetzbetreiber unvereinbar mit Tätigkeiten für ein Unternehmen, das eine Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt. Zudem dürfen die Aufsichtsratsmitglieder oder gesetzlichen Organe nicht durch Personen bestellt werden, die ein solches Unternehmen kontrollieren (vgl. § 8 Abs. 2 S. 4 und 5 EnWG).

Hinsichtlich der Anforderungen an die Besetzung des Aufsichtsrats ist dies schon deshalb unproblematisch, weil die Antragstellerin als GmbH über keinen Aufsichtsrat verfügt und auch energierechtlich nicht verfügen muss. Als Eigentumsrechtlich Entflochtene Transportnetzbetreiberin ist sie – im Gegensatz zu einem Unabhängigen Transportnetzbetreiber nach § 10d EnWG – nicht zur Bildung eines Aufsichtsrats verpflichtet.

Des Weiteren hat die Antragstellerin auch für die zu ihrer gesetzlichen Vertretung berufenen Organe ausreichend dargelegt, dass die Anforderungen des § 8 Abs. 2 Satz 4 und Satz 5 EnWG eingehalten werden. Der Geschäftsführung der Antragstellerin gehören zwei Geschäftsführer an, Herr Jens Schumann und Herr Johannes Alexander Franciscus Coenen. Des Weiteren sind vier Manager der Antragstellerin als Prokuristen berufen. Dies sind Frau Helmine Bertine Botter und die Herren Matthias Schulz, Dr. Michael Kleemiß und Dr. Wolfgang Strüve. Diese haben gegenüber der Beschlusskammer ausdrücklich erklärt, nicht Mitglied des Aufsichtsrats oder eines zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs eines Unternehmens zu sein, das den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie angehört (vgl. Anlage AU2). Des Weiteren verfügt auch keine Person, die ein solches Unternehmen kontrolliert, über das Recht, die gesetzlichen Vertretungsorgane der Antragstellerin zu bestellen. Die Bestellung der Geschäftsführer der Antragstellerin erfolgt letztlich durch die N.V. Nederlandse Gasunie, die nicht in den Bereichen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie tätig ist. Gleiches gilt für die Prokuristen.

2.2.4. Gewährleistung der Mittel

Die Antragstellerin hat ferner nachgewiesen, dass sie als Transportnetzbetreiberin über die finanziellen, materiellen, technischen und personellen Mittel verfügt, die erforderlich sind, um die Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 des EnWG wahrzunehmen (§ 8 Abs. 2 S. 9 EnWG). Die Antragstellerin hat gegenüber der Beschlusskammer ausdrücklich erklärt, die finanziellen, materiellen, technischen und personellen Mittel innezuhaben, die zur Wahrnehmung der

Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 des EnWG erforderlich sind (vgl. Anlage GM4). Dies hat sie ferner auch durch ihren weiteren Sachvortrag hinreichend glaubhaft gemacht.

2.2.4.1. Finanzielle Mittel

Insbesondere hat die Antragstellerin dargelegt, dass sie finanziell in der Lage ist, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten sowie bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen. Hierzu hat sie ausgeführt, dass in der Vergangenheit der Finanzierungsbedarf des Netzes stets ausreichend gedeckt werden konnte. Zwischen der Antragstellerin und der Gasunie Deutschland Transport Services Holding GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages werden etwaige Jahresfehlbeträge der Antragstellerin von der Gasunie Deutschland Transport Services Holding GmbH übernommen. Darüber hinaus [REDACTED]

[REDACTED] Aufgrund dieser Finanzkraft ist anzunehmen, dass auch in Zukunft ausreichende Mittel für den Netzbetrieb und -ausbau zur Verfügung stehen. Gegenteilige Schlüsse lassen auch die vorgelegten Geschäftsberichte (Anlagen GM 1a – c) nicht zu.

2.2.4.2. Personelle, materielle und technische Mittel

Des Weiteren hat die Antragstellerin dargetan, dass sie über die personelle, materielle und technische Ausstattung, die für die Erfüllung der Pflichten des Transportnetzbetreibers notwendig ist, verfügt. Hierzu zählen insbesondere alle für den Betrieb des Transportnetzes erforderlichen Anlagen und personellen Ressourcen, wobei Dienstleistungsverträge grundsätzlich zulässig sind, dabei jedoch eine qualifizierte Überwachung und Kontrolle zu gewährleisten ist. Die Pflichten, die sich aus Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 des EnWG im Wesentlichen ableiten, sind Vorhaltung, Wartung und Betrieb eines leistungsfähigen Energieversorgungsnetzes, sowie Gewährung von Netzanschluss und Netzzugang zu diesem Netz.

[REDACTED]

Die Kernaufgaben des Transportnetzbetriebs werden insoweit durch solches Personal wahrgenommen, welches innerhalb der Gasunie Deutschland Gruppe angestellt ist. Die Antragstellerin arbeitet hierbei mit Dienstleistungsverträgen oder Arbeitnehmerüberlassungen. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] Die personellen Mittel werden insbesondere der Antragstellerin als Transportnetzbetreiberin zur Verfügung gestellt. Ergänzend hierzu bedient sich die Antragstellerin zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Transportnetzbetreiberin – insbesondere im Rahmen von Kooperationen bei Bruchteilsgemeinschaften – externer Dienstleister.

Obgleich es [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED], kann gleichwohl davon ausgegangen werden, dass die aufgezeigten personellen Verflechtungen innerhalb der Gasunie Gruppe ausreichende personelle Mittel gewährleisten. Schließlich liegen der Beschlusskammer keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Umfang des Einsatzes von Dienstleistern es der Antragstellerin – weder in der Vergangenheit noch perspektivisch – unmöglich macht, letztverantwortlich die gesetzeskonforme Erfüllung ihrer Netzbetrieberaufgaben zu gewährleisten.

2.2.5. Übermittlung sensibler Informationen

Schließlich hat die Antragstellerin zur Überzeugung der Beschlusskammer erläutert, dass im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrem Entflechtungsvorgang weder wirtschaftlich sensible Informationen nach § 6a EnWG, über die ein Transportnetzbetreiber verfügt, der Teil eines vertikal integrierten Unternehmens war, an Unternehmen übermittelt wurden, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen, noch ein Personalübergang vom Transportnetzbetreiber zu diesen Unternehmen stattgefunden hat, § 8 Abs. 3 EnWG. Für den Übergang des Personals gilt als Stichtag der Tag des Inkrafttretens des EnWG.

Wie dargelegt, gehört die Antragstellerin seit dem 01.07.2008 zum Konzernverbund der N.V. Nederlandse Gasunie mit Sitz in Groningen in den Niederlanden. Alleiniger Anteilseigner der N.V. Nederlandse Gasunie ist der niederländische Staat, vertreten durch das niederländische Finanzministerium. Die N.V. Nederlandse Gasunie agiert nach einem Entflechtungsvorgang bei dem der Bereich Vertrieb von Gas in das Unternehmen GasTerra B.V. mit Sitz in Groningen in

den Niederlanden ausgegliedert und sämtliche Anteile der N.V. Nederlandse Gasunie durch den niederländischen Staat übernommen wurden, bereits seit dem 01.07.2005 als eigentumsrechtlich entflochtenes Gasinfrastrukturunternehmen. Nach der Aufnahme der Antragstellerin in den Konzernverbund der N.V. Nederlandse Gasunie ist die Antragstellerin seit dem 01.07.2008 eigentumsrechtlich entflochten. Da die Antragstellerin mithin vor Inkrafttreten der Regelungen des EnWG eigentumsrechtlich entflochten war, sind die Bestimmungen hinsichtlich der Übermittlung sensibler Informationen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Entflechtungsvorgang nicht anzuwenden.

2.3. Nebenbestimmungen (Ziffer 2. des Tenors)

Die unter Ziffer 2. des Tenors ausgesprochenen Nebenbestimmungen sind rechtmäßig, insbesondere auch ermessensfehlerfrei ergangen und verhältnismäßig. Die Zertifizierung kann mit Nebenbestimmungen verbunden werden, soweit dies erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass die Vorgaben des § 8 EnWG erfüllt werden (§ 4a Abs. 4 EnWG). Sie kann im Sinne von § 36 VwVfG befristet, bedingt oder unter Widerrufsvorbehalt erlassen werden. Ebenso kann sie mit Auflagen oder dem Vorbehalt deren nachträglicher Aufnahme, Änderung oder Ergänzung versehen werden. Insgesamt kann vorliegend die Herstellung eines zertifizierungsfähigen und damit entflechtungskonformen Zustandes durch die Erteilung von Auflagen sichergestellt werden. Die Verstöße gegen die Entflechtungsvorgaben sind nicht von solcher Intensität und solchem Umfang, dass der Antrag abzulehnen wäre. Vielmehr ist vorliegend das Instrument der Auflage – auch und gerade unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten – geeignet aber auch erforderlich, um in einem vertretbaren zeitlichen Rahmen rechtmäßige Zustände herbeizuführen. Weniger milde Maßnahmen (z.B. eine aufschiebend bedingte Zertifizierung oder sogar die Ablehnung des Antrags) sind angesichts des erkennbaren Willens der Antragstellerin, einen entflechtungskonformen Zustand herzustellen, nicht erforderlich. Nach Ausübung des ihr eingeräumten Ermessens hat sich die Beschlusskammer entschlossen, die Zertifizierung unter folgenden Auflagen zu erteilen:

(1) Tenor Ziffer 2. lit. a) verpflichtet die Antragstellerin, sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte, deren Kapazitäten sie entsprechend dem Bruchteilseigentumsanteil der [REDACTED] nutzt und vermarktet, zum 01.01.2015 entweder unmittelbares Eigentum oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird. Die Auflage ist erforderlich, da hinsichtlich der Nutzungsüberlassungen, die den eigenen Bruchteilseigentumsanteil übersteigen bzw. im Fall der vollständigen Nutzungsüberlassung betreffend die Leitung „[REDACTED]“ die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung nicht vorliegen. Denn es findet jedenfalls keine Nutzungsüberlassung von einem anderen, zertifizierten Transportnetzbetreiber statt. Die Auflage ermöglicht der Antragstellerin größtmögliche Flexibilität und unternehmerische Gestaltungsfreiheit bei der Herstellung eines zertifizierungskonformen Zustandes.

[REDACTED]

Die Fristsetzung ergibt sich aus den Angaben der Antragstellerin in ihrem Antrag und den weiteren Erläuterungen in dem Schreiben vom 06.09.2012 sowie der eingereichten Stellungnahme

Es ist ausreichend, aber auch erforderlich, dass die Antragstellerin die Nutzungsüberlassung zum 01.01.2015 beendet.

(2) Die Regelung in Tenor Ziffer 2. lit. b) verpflichtet die Antragstellerin, spätestens sechs Monate nach Erteilung der Zertifizierung sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte, deren Kapazitäten sie entsprechend dem Bruchteilseigentumsanteil der nutzt und vermarktet, entweder unmittelbares Eigentum oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird. Die Auflage ist erforderlich, da hinsichtlich der Nutzungsüberlassungen, die den eigenen Bruchteilseigentumsanteil übersteigen, die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung nicht vorliegen. Denn es findet jedenfalls keine Nutzungsüberlassung von einem anderen, zertifizierten Transportnetzbetreiber statt, da es sich bei der um einen Verteilernetzbetreiber handelt.

Die Fristsetzung ergibt sich aus den Angaben der Antragstellerin insbesondere in dem Schreiben vom 06.09.2012. Hierin hat die Antragstellerin mitgeteilt, dass sie mit der erfolgreich Verhandlungen über den Erwerb der Miteigentumsanteile geführt und abgeschlossen hat. Mit Wirkung zum 01.01.2013 werden die Bruchteilseigentumsanteile der auf die Antragstellerin und die übergehen.

(3) Mit Tenor Ziffer 2. lit. c) wird der Antragstellerin aufgegeben, spätestens sechs Monate nach Erteilung der Zertifizierung sicherzustellen, dass ihr in Bezug auf die Objekte der, deren Kapazitäten sie nutzt und vermarktet, entweder unmittelbares oder mittelbares Eigentum eingeräumt wird oder ein solch starker Einfluss auf die überlassenen Objekte eingeräumt wird, dass dieser einer Eigentümerstellung vergleichbar ist, d.h. die Überlassungsverträge so ausgestaltet werden, dass die Antragstellerin faktisch und rechtlich vergleichbar einer Eigentümerin agieren kann. Die Auflage ist erforderlich, da im Fall der „Transportvereinbarung für die Belieferung von“ die Voraussetzungen einer ausnahmsweise zulässigen Nutzungsüberlassung nicht gegeben sind. Es fehlt an dem erforderlichen eigentümerähnlich starken Einfluss auf die Leitung selbst.

Die Fristsetzung räumt einen ausreichenden Zeitraum für die Herstellung zertifizierungskonformer Zustände ein. Insbesondere wird der Antragstellerin ein größtmöglicher gestalterischer Freiraum eingeräumt. Entgegen der Auffassung der Antragstellerin ist es zur Wahrung ihrer Privatautonomie keinesfalls erforderlich, die Auflage so auszugestalten, dass ihr untersagt wird, ihre Rechte aus der „Transportvereinbarung“ weiterhin wahrzunehmen. Selbstverständlich erledigt sich die Auflage, wenn es die Antragstellerin im Rahmen hier nicht zu prüfender

zivilrechtlicher Gestaltungsoptionen vorzieht, die Verträge im Falle fehlender Anpassungsbereitschaft der ■■■■ zu kündigen. Die sodann freiwerdenden Kapazitäten können hiernach von der ■■■■ vermarktet werden, die dann verpflichtet ist, die Versorgung der Kunden im Raum ■■■■ sicherzustellen.

(4) In Ziffer 2. lit. d) des Tenors ist vorgesehen, dass die Zertifizierungsentscheidung der niederländischen Regulierungsbehörde Dienst uitvoering en toezicht Energie (DTE) für die Gas Transport Services B.V. der Beschlusskammer unverzüglich mitzuteilen ist. Diese Auflage ist erforderlich, damit etwaige Auswirkungen auf die deutsche Zertifizierungsentscheidung berücksichtigt werden können. Die hiermit verbundene Belastung für die Antragstellerin ist gering und im Wesentlichen formaler Natur.

2.4. Widerrufsvorbehalt (Ziffer 3. des Tenors)

Die Beschlusskammer behält sich gemäß § 36 Abs. 2 Ziff. 3 VwVfG den Widerruf dieser Entscheidung vor (Tenor Ziffer 3.). Dieser Vorbehalt soll insbesondere sicherstellen, dass neue Erkenntnisse berücksichtigt werden können, soweit dies erforderlich ist. Nur so kann die Zukunftsoffenheit aufgrund eines derzeit nicht konkret absehbaren Anpassungsbedarfs gewährleistet werden. Hiervon wird das berechtigte Bedürfnis der Antragstellerin nach Planungssicherheit nicht beeinträchtigt, da solche Erwägungen in einem etwaigen Änderungsverfahren unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen sind.

Die Kommission hat in ihrer Stellungnahme vom 03.12.2012 festgestellt, dass der Miteigentümer des Leitungsnetzes der Antragstellerin (■■■■) bislang nicht zertifiziert wurde. Die Kommission fordert die Bundesnetzagentur daher auf, in ihrer endgültigen Entscheidung klarzustellen, dass die Zertifizierung der Antragstellerin von der positiven Zertifizierung der ■■■■ als entflochtener Fernleitungsnetzbetreiberin abhängt. Dem Anliegen der Kommission kann durch den bereits geregelten Widerrufsvorbehalt Rechnung getragen werden. Verwaltungsverfahrensmäßig käme daneben auch eine auflösende oder aufschiebende Bedingung („Zertifizierung der ■■■■“). in Betracht. Dieser bedarf es jedoch nicht, da das Anliegen der Kommission mit dem Widerrufsvorbehalt hinreichend berücksichtigt werden kann und dieser sich vorliegend als die mildere Maßnahme darstellt. Ohnehin wäre fraglich, ob eine Bedingung im engeren verwaltungsrechtlichen Sinne zulässig wäre, da die Antragstellerin deren Eintritt überhaupt nicht beeinflussen kann. Zutreffend ist allerdings, dass die endgültige Zertifizierungsentscheidung der ■■■■ Einfluss auch auf die Zertifizierung der Antragstellerin haben kann. Sollte sich im Nachhinein herausstellen, dass die ■■■■ nicht zertifiziert wird und sich hieraus Anhaltspunkte für eine unzulässige Kooperation zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern oder einen nicht unabhängigen Betrieb der gemeinsamen Leitung ergeben, kann die Beschlusskammer jedoch bereits nach den allgemeinen Regeln ein Widerruf in Erwägung ziehen. Von dem Widerrufsvorbehalt umfasst

ist auch ein Teilwiderruf der Zertifizierung der Antragstellerin, ebenso wie die nachträgliche Festsetzung von Auflagen zur Gewährleistung der Zertifizierungsfähigkeit der Antragstellerin.

Entsprechendes gilt hinsichtlich der Aufforderung, etwaige Auswirkungen der Zertifizierungsentscheidung der niederländischen Regulierungsbehörde für die Gas Transport Services B.V. auf die vorliegende Zertifizierungsentscheidung zu berücksichtigen. Dass die Beschlusskammer von dieser Entscheidung Kenntnis erlangt ist im Übrigen bereits durch die Auflage Tenor Ziffer 2 lit. d) sichergestellt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Chris Mögelin
Beisitzer

Dr. Antje Becherer
Beisitzerin